Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 191. | Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 17. August 1919. | Jahrgang 1.

Sagt Goethe einmal: „Vernunft haben eigentlich einzig die Frommen", so möchte ich das schöne Wort modernpolitisch spezialisieren: „Vernünftig ist doch eigentlich nur das Christlich-Soziale". Es ist ein Unsinn, das Christlich-Soziale lediglich als eine Partei neben den anderen zu betrachten: „es ist vielmehr eine große, reformatorische Kulturkraft, und nur der elende Zwang der Zeit, die sich nicht anders als in parteipolitischen Ketten und Schranken regen zu können weiß, zwingt auch jene Kraft zum Gebrauch der viel mißbrauchten Mittel."

Hans v. Wolzogen an Stöcker nach dem bekannten Kaisertelegramm.

Feindesliebe.

Ich kann nicht umhin, zu den Ausführungen von Walter Ködderitz in Nr. 185 Ihres geschätzten Blattes Stellung zu nehmen.

Gewiß ist es sehr zu begrüßen, daß wir den Haß unserer Feinde nicht mit Gleichem, sondern mit Liebe erwidern sollen. Das möge besonders den sogenannten nationalen Kreisen gesagt werden, die auf Rache sinnen. Aber anderseits will es mir doch als salbungsvolle Redensart vorkommen, wenn da gesagt wird, wir sollen unsere Feinde liehaben, wir sollen lieben, lieben. Dabei kann ich mir nichts Vernünftiges denken. Wenn man sich auf das Gebot der Feindesliebe beruft, so kann dieses Gebot meines Erachtens nur den Sinn haben, nicht dem Haß und der Rache Raum zu geben, sondern den Feind stets als Menschen zu behandeln, ihn von seinem Unrecht zu überzeugen und zu verhüten, daß er uns Schaden tut. Wir müssen also nicht aufhören, aller Welt zu zeigen, daß z. B. die wahren Ursachen des Krieges in dem kapitalistischen Imperialismus liegen, der besonders in den Ententeländern blühte, daß die feindlichen Staatsmänner von jeher auf den Krieg hingearbeitet haben, um Deutschlands Macht und Wohlstand zu vernichten. Wir müssen unsern Feinden klar machen, daß das ganze System der Gewaltpolitik, die gegen uns befolgt wird, aller Menschlichkeit und allem Christentum Hohn spricht, also ein großes Unrecht ist. Wir müssen unermüdlich daran arbeiten, daß die Macht durch das Recht abgelöst wird, daß eine Organisation der Welt geschaffen wird, die alle Völker mit gleichen Rechten und Pflichten vereinigt, so daß Rüstung und Krieg überflüssig werden, und wahre Freiheit den Völkern erwächst. Freiheit der Meere, Abrüstung, Schiedsgericht und Völkerrecht müssen die Ziele sein, die wir zu erstreben haben. Der nationale Egoismus muß zurückgedrängt werden zugunsten des Menschheitsgedankens. Weder wir noch die andern dürfen national sein im alten Sinne des Wortes, daß man die Macht *seines* Landes über alles stellt, sondern Internationalisten müssen wir werden, ohne doch die völkische Eigenart aufzugeben. Natürlich wäre die Erreichung dieser weitreichenden Ziele nur möglich, wenn das innere Gefüge der feindlichen Staaten von Grund aus verändert würde, indem nämlich die jetzt herrschenden Klassen der Geldmänner, Kaufleute und Unternehmer, deren Macht- und Gewinngelüste den Krieg herbeigeführt haben, ihrer Macht beraubt und den breiten Massen bestimmender Einfluß auf die Geschicke des Landes eingeräumt wird. Mit anderen Worten, die führenden Staaten der Welt müßten revolutioniert werden, die Weltrevolution müßte herbeigeführt werden, um dem Geist der Liebe maßgebenden Einfluß auf die Völkerwelt zu verschaffen. Ob diese Revolution nun mit Gewalt durchgeführt werden kann, ob sie in absehbarer Zeit überhaupt möglich ist, bleibe hier unentschieden; aber keine große Umwälzung ist bisher ohne irgendwelche Gewalt vor sich gegangen, also auch wohl die Weltrevolution nicht. Kurz gesagt, wir müßten die Feinde zur Erkenntnis ihrer Schuld und ihres Unrechts bringen, müßten ihre Staaten unterwühlen und zu Fall bringen, um die neue Ordnung der Dinge allüberall durchzuführen. So ungefähr sieht die Liebe aus, die wir zu unsern Feinden haben sollen. Will man sich auf solche „Liebe" nicht einlassen, dann hat meiner Meinung nach die ganze Redensart von der Feindesliebe keinen Sinn. Man täte dann am besten, sie nicht zu gebrauchen. Feindesliebe ist kein unbestimmtes Gefühl, etwa das, was man Menschheitsdusel genannt hat, sie ist der feste Wille, die Welt im Geiste der Gerechtigkeit zu gestalten, etwa so, wie Demokratie, Sozialismus und Friedensbewegung es wollen. Sie wird Fleisch und Blut in Gesetzen und Einrichtungen der Staaten wie der Wirtschaftsgebiete, die letzten Endes zur Organisation der Welt führen.

Hamborn a. Rh. Pastor Becker.

Das geschichtliche Recht der inneren Kolonisation.

Von Dr. Ferdinand *Nagel*, Anklam.

Für die kommende große Innenkolonisation wird man auch an einen erheblichen Abbau des Großgrundbesitzes, besonders östlich der Elbe, herantreten müssen. Mancherlei gefühlsmäßige Vorurteile stellen sich gerade hier einer wirklich durchgreifenden Besiedlung auch heute noch, und nicht bloß in Interessentenkreisen, entgegen; um sie zu zerstreuen, gibt es wohl keinen besseren Weg als den, einmal an der Hand alter Urkunden die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des ostelbischen Großgrundbesitzes darzulegen.

Die Länder östlich der Elbe sind vom 12. bis 14. Jahrhundert der deutschen Volksart gewonnen worden, nicht so sehr durch die Gewalt des Schwertes, als vielmehr durch die unwiderstehliche wirtschaftliche Überlegenheit der deutschen Ansiedler, die deshalb von den Großen des Landes, sowohl Deutschen wie Slawen, massenweise herbeigerufen wurden, „um den neuen Weinberg des Christentums zu bestellen". So trug denn nach Abschluß der mittelalterlichen Kolonisation das einstige Wendenland ein zugleich deutsches und bäuerliches Gepräge: Dorf reihte sich an Dorf, und als freie und stolze Kolonisten saßen jene Fläminger, Franken, Düringer und Niedersachsen auf ihren Höfen und Hufen, die, durchschnittlich mit 50 bis 150 Morgen Land ausgestattet, den bäuerlichen Familien von den Grundherrschaften (Landesfürst, Kirche, Adel) gegen einen mäßigen Zins nach festem erblichen Besitzrecht eingetan worden waren, „damit sie sie auf ewige Zeiten besäßen", wie es in den Urkunden immer wieder heißt. *) Und auf Jahrhunderte hinaus hat sich diese Blüte des ostdeutschen Bauernstandes erhalten; sagt doch noch in der Reformationszeit der Wolgaster Chronist Thomas Kantzow in seiner „Pommeriana": „Die pawren (Bauern) stehen in diesem land wohl und sinnt reich . . daher es khumpt, daß sie sich als frei achten und dem gemeinen Adel nicht nachgeben wollen."

Und doch waren schon die Keime zum späteren Niedergang gelegt, eben in jenem Oberbesitzrecht der Grundherren, aus dem diese seit dem 16. Jahrhundert, auf das damals in Deutschland eindringende römische Recht sich stützend, für sich das Privilegium ableiteten, die Bauernhufen einzuziehen, um darauf Schäfereien und Ackerwerke, also Großbetriebe anzulegen. Daß hierdurch dem seit Jahrhunderten auf seiner Scholle angesessenen Bauerntum, dem man doch in den Zeiten der deutschen Einwanderung in den wendischen Osten seine Höfe zu unverlierbarem Lehen überantwortet hatte, und dessen überlegener Kultur und rastlosem Fleiß zu allermeist die Eindeutschung des Landes zu verdanken war, das schwerste Unrecht geschah, daß man mit dem „Bauernlegen" dem Landvolke die Grundlage seines Daseins, die eigene Heimstätte, nahm, das kümmerte damals niemanden. Der Großgrundbesitz hatte die Macht im immer mehr verfallenden Staate und zwang den Fürsten, ihm das Wohl des kleinen Mannes zu opfern. Ja, er wirkte sich sogar das Vorrecht aus, daß alles Land, welches er unter den eigenen Pflug nahm, also seinen Bauern entzog, von der staatlichen Grundsteuer befreit sein sollte. Damit aber wurde noch ein neuer, außerordentlich wirksamer Anreiz zum Bauernwerfen geschaffen.

Diese zunächst allgemein gekennzeichneten Zustände des 16. Jahrhunderts spiegelt nun die Geschichte eines einzelnen Kirchspiels, *Blesewitz* in Vorpommern, aus dem mir Urkunden von 1576—1833 vorliegen, getreu wieder. Nach der ältesten Urkunde „Die Visitations-Matrikel der Kirchen zu Blesewitz und der Kapellen zu Lüskow" vom Jahre 1576 erscheinen die Lüskows als die Grundherrn der Dörfer Lüskow, Blesewitz und Butzow, denen die zahlreichen Kossäten und 22 Vollbauern ihrer Dörfer einen jährlichen Grundzins zu zahlen haben. In eigener Bewirtschaftung aber haben die Lüskows nur zwei „Herren- oder Wohnhöfe", die beide in Lüskow liegen und einen Umfang von 6 bzw. 7 Hakenhufen = 240 bzw. 280 Morgen *) aufweisen. Im übrigen ist damals alles Land der drei heutigen Güter in der *Bauernhand*: in Lüskow werden 2 Vollbauern, in Blesewitz 11, in Butzow 9 mit je zwei Hakenhufen Land namentlich aufgeführt. Außerdem wohnen in Lüskow 1 Müller und 5 Kossäten, in Blesewitz 1 Krüger und eine Anzahl Kossäten, in Butzow 2 Kossäten, die jeder etwa 40 Morgen Acker, nämlich eine Hakenhufe, innehaben.

Freilich das Bauernlegen hat 1576 schon begonnen, indem die Lüskows aus vier Vollbauernhöfen im Dorfe Blesewitz zwei Edelsitze eingerichtet haben, für die sie dem Pastor das Meßkorn reichen. Verhängnisvoll aber wurde die Entwicklung doch erst, als die Grundherrn dem pommerschen Herzog 1616 die berüchtigte „Bauern- und Schäferordnung" abgezwungen hatten, in der die Bauern zu rechtlosen „Leibeigenen, homines proprii et coloni glebae adscripti" erklärt und der Gutsherrschaft die schrankenlose Absetzungsbefugnis zugesprochen wurde. An einen irgendwie erfolgversprechenden Widerstand der Bauernschaft gegen solche Versklavung war ja in den nun folgenden trüben Zeiten gar nicht zu denken, weil durch den Dreißigjährigen Krieg die wirtschaftliche Blüte und innere Kraft des Bauernstandes völlig gebrochen worden ist. Jetzt wurden die Bauernhufen in außerordentlich vielen Dörfern zur Gutsfeldmark eingezogen, und ganze Gemeinden wurden zu „Vorwerken" zusammengelegt.

So beklagt sich denn auch der Blesewitzer Pastor Michael Schmidt bei der Kirchenvisitation von 1690 aufs bitterste: „Anjetzo ist in dem Dorfe Butzow kein einziger Mensch, und es ist zu den Lüskowschen und Blesewitzschen Ackerwerken verleget; in den beiden übrigen Dörfern aber wohnen man blots noch 4 Ganze und 5 halbe Bauern." — Daß die Entwicklung des Kriegselends auch hätte einen anderen Weg gehen können, zeigt das Beispiel der der Stadt Anklam gehörigen Ortschaften Pelsin, Vargischow, Gnevezin, Woserow, Gellendin und Bugewitz, die sämtlich in demselben Jahre wie das adlige Dorf Butzow, nämlich 1676, durch die Brandenburger bis auf den Grund zerstört wurden und doch alsbald wieder aus der Asche erstanden und Bauerndörfer geblieben sind. Hier hatte eben eine Stadtgemeinde die Grundherrschaft inne, die die schwere Not der Zeit nicht zum Bauernlegen mißbrauchte. Nicht immer freilich haben die Städte so volksfreundliche Politik getrieben. Anklam selbst hat 1733 seine Gellendiner Bauern gelegt!

Im Jahre 1724 sind die Verhältnisse im Kirchspiel Blesewitz noch schlimmer geworden. Der Pastor Othmann klagt den Visitatoren, „daß itzo in allen Dörfern man 1 Vollbauer und 4 Kossäten vorhanden, woraus deutlich zu ersehen, daß die Pfarre itzo schlechter sey denn ehemals." Zweifellos wären nun auch diese spärlichen Reste der einstigen blühenden Bauerschaft noch im 18. Jahrhundert vernichtet worden, wenn nicht 1721 Vorpommern bis zur Peene an Preußen gefallen wäre, dessen große „innere" Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große das Bauernlegen bei schwerer Strafe verboten (Edikte von 1739 und 1749). Leider ist dann bei der Bauernbefreiung 1811 dieser segensreiche altpreußische Bauernschutz dem unaufhörlichen Drängen der Grundherren geopfert und damit wiederum ein Zeitalter schwersten Abbruchs für das ostdeutsche Bauerntum heraufgeführt worden: vier Millionen Morgen hat es zwischen 1811 und 1860 an die großen Güter verloren (Sering)!

Auch in Blesewitz wird 1817 einer der fünf Höfe vom Gute ganz eingezogen, während die andern vier die Hälfte ihrer Feldmark abtreten müssen, um dafür das „freie und uneingeschränkte Eigentum" an dem ihnen verbleibenden Rest „für ewige Zeiten" zu erlangen, wie der Rezeß sagt. Aber schon 1833 werden drei von ihnen durch den Gutsherrn auch noch aufgekauft, so daß also heute von der ganzen

*) Vgl. des Verfassers Schrift: Die Ostlandwanderung der Deutschen, Berlin, Landbuchhandlung 1918.

*) Die Haken- oder Pflughufe umfaßt in Vorpommern 40, die Landhufe 80 Morgen.

blühenden Bauernschaft, die wir noch am Ende des 16. Jahrhunderts im Kirchspiel nachgewiesen haben, nur ein einziger Hof mit 56 Morgen übriggeblieben ist.

Als dann aber überall in den Gebieten der überwiegenden Großbetriebe die „Landflucht" als unausbleibliche Folge solcher rücksichtslosen Interessenpolitik einsetzte, da hat der Großgrundbesitz scharenweise volksfremde Schnitter aus Rußland und Galizien ins deutsche Ostland hineingezogen. Die ganze gewaltige Intensivierung seiner Betriebe, die die letzten dreißig Jahre gebracht haben, hat er fast vollständig auf der Arbeitskraft dieser Fremdlinge aufgebaut, weil er sich so der in einer gesunden Volkswirtschaft doch ganz selbstverständlichen Pflicht entziehen konnte, ausreichende Familienwohnungen für seinen Mehrbedarf an Arbeitern herzustellen. Die kulturlosen Polen und Ruthenen konnte man ja in den „Schnitterkasernen" zusammenpferchen — mochten auch darüber unsere Gutsbezirke zu slawischen Sprachinseln mitten im deutschen Volksgebiet werden!

Darin besteht die schwere nationale Schuld, die der heutige Grundbesitzerstand auf die alte soziale Schuld seiner Vorfahren gehäuft hat. Aber noch gibt es ein Mittel, um in letzter Stunde die ungeheuer bedrohlich gewordene Gefahr der Slawisierung Ostelbiens abzuwenden: Kolonisieren, tausende neuer Bauerndörfer gründen, den deutschen Volksgenossen auf dem Lande wieder Heimstätten geben, in denen sie als selbständige Wirte, als Bauern arbeiten und schaffen können, wie es ihre Vorväter Jahrhunderte hindurch getan haben, ehe ihnen eine unglückselige Entwicklung und das schwere Unrecht mächtiger Herren die eigene Scholle nahm. Wahrlich die große neudeutsche Kolonisation ist eine geschichtliche Notwendigkeit!

Der Frieden.

Verweigerung der Friedensratifikation in Amerika?

Der Senator Lodge hat im Senat auf das allerschärfste den Friedensvertrag angegriffen, über den er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten zu sprechen hatte. Lodge will vor allen Dingen die Schantungbestimmungen aus diesem Vertrag fortgestrichen sehen, außerdem seien vier Punkte der Veränderung bedürftig. Soweit ersichtlich ist, gehören dazu die Bestimmungen über die Teilnahme Amerikas an außeramerikanischen Kriegen, die verkürzte Kündigungsfrist für den Völkerbundsvertrag, die ausdrückliche Sicherung der Monroedoktrin und die Verstärkung der Stimmkraft der Vereinigten Staaten im Völkerbund. Außerdem scheint Lodge auch für Irland etwas tun zu wollen. Die Tribünen nahmen seine Ausführungen sehr erregt auf, die demokratischen Senatoren Sharp, Williams und Hitchcock wurden ausgezischt als sie antworteten. Lodge hatte ungeheuren Beifall. Soweit aus den vorliegenden kurzen Berichten ersichtlich ist, hat die dauernde herausfordernde Weigerung Wilsons, den Schleier über die vertraulichen Verhandlungen in Paris zu lüften, den Senat und die Republikaner aufs äußerste erbittert. Selbst ein so gemäßigtes republikanisches Blatt wie die „New York Times" schreiben, Lodge habe in seiner Rede über den Völkerbund dem Publikum einen großen Dienst erwiesen. Sie sei eine wirkliche Hilfe für die Gesundung und Kräftigung einer wahrhaften Staatskunst in Amerika gewesen.

Deutschland muß den Friedensvertrag restlos ausführen.

Der Friedensausschuß des französischen Senats hörte den Schluß des Berichts des Senators Millies-Lacroit über die Finanzen und die Wiedergutmachung alsdann den Finanzminister Klotz und den Minister für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Loucheur. Die Minister erläuterten im einzelnen den finanziellen Mechanismus, den die Friedenskonferenz ausgearbeitet hat, um die vollständige Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands sicherzustellen. Sie betonten ausdrücklich, daß Deutschland die Summe, die die Wiedergutmachungskommission festlegen werde, restlos bezahlen müsse. Die Minister sprachen sich auch über die Maßnahmen aus, die die alliierten und assoziierten Regierungen getroffen haben, um die restlose Ausführung der Deutschland aufgezwungenen Verpflichtungen sicherzustellen.

Der Oberste Rat gegen die Heimsendung der Kriegsgefangenen.

Den englischen Blättern zufolge erklärte Churchill in der Unterhaussitzung vom 13. August, das britische Kriegsamt habe wiederholt um die Erlaubnis nachgesucht, die deutschen Kriegsgefangenen heimsenden zu dürfen. Er bedauere sehr, daß es dem Kriegsamt bisher nicht gelungen sei, vom Obersten Rat die Ermächtigung zu erhalten, mit der Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen.

Ein englisches Weißbuch über die Friedensvermittlung des Papstes.

Die englische Regierung hat ein Weißbuch veröffentlicht, welches die Korrespondenz, die im Zusammenhang mit den vom Papst im August 1917 gemachten Friedensvorschlägen geführt wurde, enthält. Von besonderem Interesse in dem Weißbuche ist ein Schreiben, das der französische Geschäftsträger am 27. August Lord Robert Cecil überreichte. Darin heißt es: Monsieur Ribot bittet mich, Ihnen seine Befürchtungen mitzuteilen und zu erklären, daß er nicht zulassen kann, daß er auf den Weg geführt werde von dem der Vatikan anscheinend wünscht, daß er ihn beschreitet. Er erwartet, daß die britische Regierung seine Ansicht teilt und dem Grafen de Salis Instruktionen geben wird, um alle weiteren Versuche des Kardinalstaatssekretärs, die auf eine halboffizielle Intervention zwischen den Kriegführenden hinzielen, zu entmutigen.

Eine amerikanische Division nach Konstantinopel.

Laut „Chicago Tribune" hat sich eine amerikanische Division nach Konstantinopel eingeschifft. Der Rat der Fünf hat vom amerikanischen Vertreter in Kleinasien ein Telegramm erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß die Lage dort sehr gespannt ist und infolge der Zusammenziehung türkischer Truppen bei Trapezunt und Erzerum eine Offensive erwartet werden muß. Der amerikanische Vertreter dringt darauf, daß die britischen Truppen in diesem Gebiet nicht zurückgezogen werden, da ihre Anwesenheit die Armenier von neuen Metzeleien schützt.

Der Streikwahnsinn.

Zuspitzung der Lage in Oberschlesien.

Nachdem die Arbeiterschaft des Oberschlesischen Elektrokraftwerkes Zaborze sich dem Ausstand der Berg- und Hüttenleute, die zu 95 Prozent ausständig sind, angeschlossen hat, beginnt die Lage sich zuzuspitzen und das Wirtschaftsleben vollständig zu lähmen. Im Bezirk Hindenburg und Gleiwitz ist wieder jeglicher Verkehr lahmgelegt, da elektrische Kraft und Licht völlig fehlen. Sie haben nur schlechte Ersatzbeleuchtung. Das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt. Falls der Lichtstreik einen größeren Umfang annimmt, sind eine Anzahl Hütten gezwungen, aus Lichtmangel stillzulegen. Es wird von den Verhandlungen des Staatskommissars mit den Gewerkschaftsführern abhängen, ob die ungeheuerlichen Wirkungen dieses Streiks wenigstens auf die bisherigen Schaden beschränkt bleiben, oder ob eine gewissenlose Agitation ein Elend für den Winter heraufbeschwören wird, dessen Folgen am stärksten auf die Massen des Volkes wirken würden.

Ausschreitungen in Kattowitz.

Durch die Betriebseinstellung der Lichtwerke ist die Erregung in den von diesen Werken belieferten Gegenden noch gestiegen. In Kattowitz ereigneten sich am Donnerstag mehrere schwere Ausschreitungen. Auf dem Wochenmarkt wurden die Verkaufsstände der Händler wegen der hohen Preise umgeworfen und geplündert. Die Händler selbst wurden mißhandelt. Die Polizei blieb machtlos gegen die zu Tausenden angesammelte Menge. Eine Rotte wilder Burschen, meist Streikende, sowie Feldgraue und Matrosen, durchzogen die Straßen. Sie schlugen teilweise die Schaufenster ein und raubten ein Zigarrengeschäft vollständig aus. In der Rathausstraße versuchte die Menge die Polizeiwache zu stürmen. Es mußte militärische Hilfe requiriert werden. Die Soldaten gaben mehrere Schreckschüsse ab, worauf die Menge auseinanderstob, indem sie eine Anzahl Verwundeter zurückließ.

Die Folgen des oberschlesischen Bergarbeiterstreiks.

Die Versorgung der Groß-Berliner Gasanstalten mit Kohlen, die vornehmlich aus den oberschlesischen Revieren erfolgt, ist durch die dortigen Streiks sehr gefährdet. Es ist zwar eine unmittelbare Gefahr für die Gasversorgung Groß-Berlins nicht vorhanden, aber es darf nicht verkannt werden, daß die Vorräte an Kohle in den einzelnen Gasanstalten Berlins und der Vororte außerordentlich gering sind. Wenn die Streiks in Oberschlesien längere Zeit dauern, dann wird zweifellos Groß-Berlin sehr in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Stockungen im Fischdampferbetriebe infolge des Kohlenmangels gestalten sich immer umfangreicher. Zurzeit liegen in Cuxhaven 14 Fischdampfer, in Geestemünde und Bremerhaven 30 Fischdampfer auf. In Cuxhaven sind am Donnerstag überhaupt keine Zufuhren mehr an den Markt gekommen.

Noch kein Ende im Hamburger Bankstreik.

In dem Streik der Hamburger Bankangestellten ist noch kein Ende abzusehen. Die neuerlichen Vorschläge der Bankleitungen wurden von einer Versammlung der Streikenden mit 1590 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Der Streik der Hamburger Bankbeamten hat eine weitere Verschärfung dadurch erlitten, daß die Depositenkassen-Vorsteher der Dresdener Bank und der Kommerz- und Diskontobank sich dem Ausstande angeschlossen haben und die Aufnahme der Arbeit in ihren Filialen verweigern. Die kaufmännischen und technischen Angestellten Hamburgs beschlossen, sich für einen Sympathiestreik für die Bankbeamten bereit zu halten, sobald es notwendig werden sollte.

Beendigung des Kalistreiks.

Im Bergrevier Halberstadt sind die Belegschaften der staatlichen Achenbach- und Werlitzschächte wieder vollständig und die Belegschaften der anderen Donnerstag noch im Ausstand befindlichen Kaliwerke zum größten Teil wieder eingefahren. Im Revier Nordhausen ist das staatliche Werk Bleicherode bereits seit Donnerstag wieder in vollem Betriebe. Die Belegschaften der übrigen Nordhäuser Kaliwerke haben am Freitag die Arbeit wiederaufgenommen. Es sind noch etwa 1000 Mann im Ausstand, doch dürfte das Erlöschen des Streikes in kürzester Zeit zu erwarten sein.

Werftbetriebsräte in Stettin.

Aus Anlaß der Bildung von wilden Betriebsräten auf einzelnen Werften wurde vom Reichsarbeitsamt

---

Bethlehemitischer Kindermord in neuer Form.

Von Anna Blos, M. d. N.

Wieviel wird in diesen Tagen, in denen der Friede geschlossen wurde, von Schuld und Verantwortung gesprochen. Hin und her fliegen die Beschuldigungen, und oft möchte man an das Bibelwort erinnern: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe einen Stein!"

Deutschland muß in dem Friedensvertrag vor der Welt alle Verantwortung, alle Schuld auf sich nehmen. Aber nicht das Blatt Papier, auf dem es seinen Namen unter den Vertrag gesetzt hat, wird in der Weltgeschichte die Schuldfrage lösen. Die Weltgeschichte selbst wird Weltgericht sein und einst feststellen, daß die Schuld an diesem Kriege alle die mit tragen, die jahrzehntelang für diesen Krieg gerüstet haben, alle, die gehofft haben, durch den Krieg ihre eigene Macht auf Kosten der anderen zu vergrößern.

Unsäglich groß ist die Zahl der Kriegsopfer. Auf Millionen beläuft sich die Zahl der Toten, der Kriegsbeschädigten, der in den Herzen Zusammengebrochenen. Auf Millionen auch die Zahl der seelisch Leidenden, der wirtschaftlich Zusammengebrochenen in allen Ländern.

Ein Kapitel für sich in Deutschland bedeuten die Munitionsarbeiterinnen. Nachtarbeit, Überstunden, Arbeit in gesundheitsschädigenden Betrieben, an Maschinen, die eine ständige Gefahr bilden für den weiblichen Organismus, Explosionen, giftige Gase, wie unendlich viel Opfer hat die Arbeit in der Munition unter den Frauen gefordert. Tote, Verstümmelte, in den Herzen Zusammengebrochene finden wir hier genau wie bei den Kriegsteilnehmern. Eine Statistik darüber gibt es noch nicht. Dazu kommen die vielen infolge der gesundheitsschädigenden Arbeit unfruchtbar gewordenen Frauen. Ich habe schon einmal in dem Artikel „Granaten oder kleine Kinder" auf die widersinnige Bevölkerungspolitik des Staates hingewiesen. Auf der einen Seite tritt er ein für eine Förderung der Geburten, auf der anderen hindert er sie dadurch, daß er alle Arbeiterinnenschutzgesetze während des Krieges unmöglich machte. **Der Geburtenausfall in den letzten fünf Jahren beträgt etwa 4 Millionen.** Er ist natürlich nicht ausschließlich auf die schädigende Frauenarbeit zurückzuführen. Auch hier spielen seelische Störungen mit. Insbesondere aber ist die Unterernährung von großem Einfluß.

Wer einst die Geschichte dieses furchtbaren Krieges schreiben wird, der wird aber ein besonderes Kapitel und vielleicht das ergreifendste über die Wirkungen der Hungerblockade in Deutschland schreiben. Unsäglich traurig aber sind die Opfer, die die Unschuldigsten, die die Kinder betroffen haben. Hier jedenfalls trifft Deutschland keine Schuld. Hier hat Deutschland allein Hekatomben opfern müssen. Die **Sterblichkeit der Kinder** im Alter von 1 bis 15 Jahren hat sich unter den Wirkungen der Blockade verdoppelt, in manchen Großstädten **verdreifacht.** In den Anstalten sind 50 bis 100 Prozent mehr dauernd kranke Kinder als vor dem Kriege.

Die ganze Schwere der Blockade aber wird uns erst in Jahren zum Bewußtsein kommen, wenn wir sehen, wieviel Siechtum über junge Menschen verhängt ist und wie kraftlos die Jugend sein wird.

Der Direktor des Berliner städtischen Jugendamtes, Lic. Fr. Siegmund-Schultze, hat in seiner Schrift „Die Wirkungen der englischen Hungerblockade auf die deutschen Kinder" (Verlag Zillessen, Berlin C) Ziffern aufgeführt, die eine furchtbare Sprache reden. Er nennt den Kindermord von Bethlehem ein Kinderspiel, verglichen mit dem Hungersterben deutscher Kinder, das drei Jahre hindurch als Folge der Blockade unser armes Land heimgesucht hat. Schon im Jahre 1916 hatte Lic. Schultze Wilson mitteilen lassen, daß infolge der Blockade monatlich 100 Kinder mehr in Berlin starben als in früheren Jahren. „Etwa 10 Prozent der Berliner Kinder sind infolge der ungesetzlichen Maßnahmen der angelsächsischen christlichen Länder zu lebenslänglichem Siechtum verurteilt."

Schwer sind die Anklagen gegen das damalige Zensursystem, das alle diesbezüglichen Veröffentlichungen unterdrückte. Am 18. Dezember 1918 sagte Professor Rubner in seiner ersten öffentlichen Feststellung der Not: „Wenn man den zensurierten Presseäußerungen von damals hätte glauben dürfen, wäre es mit der Gesundheit aufs beste bestellt gewesen. Wir wissen alle, warum das geschah, aber es hat uns, wie wir jetzt sehen, auch Schaden gebracht." Aber auch Professor Rubner und mit ihm viele Ernährungspolitiker und Ärzte haben lange Zeit behauptet, daß ein Durchhalten auch bei völliger Abschneidung ausländischer Zufuhr möglich sei.

Als Lic. Schultze im Jahre 1916 anläßlich der Tagung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge sein Material vorlegen wollte, das auf den sich verschlechternden Ernährungszustand der älteren Schulkinder der ärmeren Bevölkerungsklassen hinweisen wollte, wurde ihm von militärischer und zivilbehördlicher Seite gesagt, daß keinesfalls irgendwelche Feststellungen über schlechte Folgen der Ernährung in die Öffentlichkeit dringen dürften. Mit Recht meint Schultze, daß manches hätte geschehen können, um größerer Not vorzubeugen, z. B. Landaufenthalt für Stadtkinder in viel größerem Umfang, wenn die zuständigen Stellen sich rechtzeitig auf die Gefahren der ärmeren Schuljugend hätten hinweisen lassen. Die Befürchtungen vor der öffentlichen Behandlung waren grundlos. Im Ausland war man besser orientiert als in Deutschland selbst, wo eine sachliche Darstellung der Not und der Abhilfsmittel eher beruhigend gewirkt hätte. Indessen glaubte man im Ausland, es handle sich vor allem um die Not der Schwangeren, Mütter und Säuglinge, während die Schädigung der Gesundheit der älteren Jahresklassen mindestens ebenso groß war.

Nach den amtlichen Zahlen erhöhten sich die Sterblichkeitszahlen der deutschen Zivilbevölkerung 1915 um 9½, 1916 um **14**, 1917 um **32** und 1918 um **37** Prozent gegenüber dem Jahre 1913. Für die Jahre 1915 bis 18 werden **763 000 Todesopfer der Blockade errechnet.** Ein sehr großer Teil davon sind Kinder, und zwar sind es insbesondere Tuberkulose, Blutarmut und Darmkrankheiten, welche die große Kindersterblichkeit hervorriefen.

Und doch meint Schultze mit Recht, daß nicht das Sterben der Kinder das größte Übel bedeute. Bedeutsamer und tragischer ist das Siechtum, und sicher ist es fast zu begrüßen, daß ein so ungeheurer Geburtenrückgang eingetreten ist, daß die Zahl der Ungeborenen allmählich auf ein Drittel der Friedenszahlen herabgesunken ist. Neben dem Fehlen an Lebensmitteln hat hier sogar der Mangel an Seifen und Desinfektionsmitteln die Wirkung gehabt, **daß die Sterblichkeit an Kindbettfieber um 50 Prozent stieg.**

Dagegen ist in Frankreich während des Krieges weder

eine Kommission nach Stettin entsendet, die mit den Arbeitern verhandelte. Es wurde eine Einigung erzielt, über deren Ergebnis ein Anschlag in den Werften Kenntnis gibt. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklären, daß die am Freitag, 8. ds. Mts., erzwungene Anerkennung der Betriebsräte ungesetzlich ist. Die Arbeitgeber erklären ihrerseits, daß sie bereit sind, bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes mit einem Betriebsrat, der sich aus den alten Arbeiterausschüssen zusammensetze, in loyaler Weise zusammen zu arbeiten und ein Statut zu beraten und auszuarbeiten, in dem die Funktionen der Betriebsräte enthalten sind. Die Mitglieder des Betriebsrates werden für die Zeit ihrer Tätigkeit als Betriebsräte aus dem Arbeitsverhältnis herausgenommen. Die Zahl dieser Mitglieder beträgt bei allen Belegschaften bis zu 300 drei, bis zu 2000 vier und für jede angefangenen weiteren 500 Arbeiter je einen mehr. Die Arbeitsordnungen sind zu revidieren und den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Regelung gilt bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Außerdem erklärten die Vertreter der Arbeiterschaft, daß sie nach Einführung des Betriebsrates Demonstrationen und die Anwendung von Gewalt zur Erzwingung von Zugeständnissen irgendwelcher Art verhindern werden.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 14 August.

Heftiger Zusammenstoß Erzbergers mit den Deutschnationalen.

Im Verlauf der Beratung der großen Finanzgesetze kam es in der Nationalversammlung am Donnerstag im Gegensatz zu der ruhigen sachlichen Beratung am Vortage zu unerquicklichen, persönlichen Auseinandersetzungen des Reichsfinanzministers Erzberger mit den Deutschnationalen. Während der Entgegnung des Ministers erlebte man wieder einmal heftige Sturmszenen, die die Spannung zwischen rechts und links deutlich hervortreten ließen. Nach dieser wenig erfreulichen Aussprache wandte sich Abg. Henke im Namen der Unabhängigen gegen die Umsatzsteuer und prophezeihte unter dem Beifall seiner Genossen als Folge der neuen Steuervorlage eine neue Revolution.

Die Vorlage über das Reichsnotopfer, die Reichsabgabenordnung und die Umsatzsteuervorlage wurden hierauf den Ausschüssen überwiesen.

Zu Beginn der Beratung des Gesetzentwurfes über die Postgebühren, die veränderten Postscheckgebühren und Telephon- und Fernsprechgebühren legte der Präsident gegen den Erlaß der Regierung Verwahrung ein, daß die Nationalversammlung nach Abschluß der Reichsverfassung fortan als Reichstag zu fungieren habe. Aller Voraussicht nach wird die Regierung diesem Einspruch der Nationalversammlung Rechnung tragen. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren wurde nach kurzer Begründung durch den Reichspostminister Giesberts und einer anschließenden Aussprache dem Reichshaushaltsausschuß überwiesen.

— Weimar, 15. August.

Fortsetzung der Steuerberatung.

Zunächst wurden die üblichen kleinen Anfragen beantwortet. Abg. v. Graefe (Dnatl.) fragte an, ob die Regierung das gesamte Anklagematerial über die schlechte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen werde. Ein Regierungskommissar erwiderte, daß bereits Veröffentlichungen vorliegen. Wegen weiterer Veröffentlichungen behalte die Regierung sich den Zeitpunkt vor.

Die Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Schiele (Dnatl.) nach den Gründen des Abschiedes des Herrn von Rosenberg aus dem Auswärtigen Amt, der nach den angeblichen Enthüllungen des Reichsfinanzministers um seinen Abschied eingekommen sei, weil er als Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes den öffentlichen Gebrauch von Akten, die seinem Ressort entnommen waren, für eine der Wahrheit nicht entsprechende Darstellung durch den Minister nicht mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl verbinden zu können glaubte, wurde durch den Reichsminister Müller im Namen der Reichsregierung grundsätzlich abgelehnt.

Alsdann erstattete Abg. Sollmann (Soz.) den Ausschußbericht über den Entwurf eines Rayonsteuergesetzes. Die Regierung drängt auf sofortige Verabschiedung des Gesetzes. Der Ausschuß hat sich dem nicht angeschlossen, sondern besteht auf der unverzüglichen Ausarbeitung eines bodenpolitischen Gesetzes über die Auflassung des alten Festungsgeländes und schlägt dem Hause vor, zu beschließen, den Entwurf zurückzustellen und die Reichsregierung zu ersuchen schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen der das von Rayonbeschränkungen frei werdende Gelände in dem erforderlichen Umfange der Bodenspekulation entzieht und die ausreichende Möglichkeit bietet, das Gelände zu gemeinnützigen Zwecken in Gemeindebesitz überzuführen.

Ohne Erörterung wurde demgemäß beschlossen.

Der Antrag Loebe (Soz.) und Groeber (Ztr.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge wurde auf Vorschlag des Präsidenten ohne Erörterung dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgte die Interpellation der beiden Rechtsparteien über die ungeheuren Gefahren, die dem Wirtschaftsleben und der inneren Ruhe

infolge des Rückganges in der Kohlenförderung

drohen. Mit der Interpellation verbunden wurde die Beratung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes über die **Regelung der Kohlenwirtschaft** vom 23. März 1918. Durch diese Vorlage wird der Staatenausschuß ermächtigt, die Mitgliederzahl des Reichskohlenrates und die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Gruppen abzuändern. Die Errichtung des Reichskohlenrates hat spätestens bis zum 30. September 1918 zu erfolgen.

Die Interpellation wurde begründet durch Abg. Dr. Hugenberg (Dnatl.). Redner brachte dann ein umfangreiches Zahlenmaterial bei, wobei er auf die Aeußerungen des Eisenbahnministers und des Reichskohlenkommissars aus der letzten Zeit Bezug nahm. Der gegenwärtige Notstand übe bereits seinen lähmenden Einfluß auf das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Es müsse verhindert werden, daß im kommenden Winter die Menschen frieren und im Dunkeln sitzen müssen und aus Mangel an Kohle nicht kochen können. Schon hört man, daß die europäische Kohlenkommission auf den Kohlenbedarf der deutschen Industrie keine Rücksicht nehmen will, sondern in erster Linie darauf bestehen will, daß Deutschland seine Verpflichtungen bezüglich seiner Kohlenlieferung an die Entente erfüllt.

Ein ernstes Wort an unsere Leser!

Als wir am Ende des vorigen Vierteljahres unsere Leser baten, dem Blatte die Treue zu bewahren und zu versuchen, neue Leser hinzuzugewinnen, sagten wir auch, daß wir uns nicht entschließen könnten, den Bezugspreis des Blattes zu erhöhen trotz der fast täglich sich steigernden Herstellungskosten. Der bloße Hinweis darauf hat schon bei einzelnen Lesern genügt, sie zu veranlassen, für den Weiterbestand und die Sicherstellung der Zeitung ein besonderes Opfer zu bringen. Das ist uns ein Beweis, wie lieb unser Blatt schon vielen geworden ist und wie der Wunsch besteht, dem angefangenen Werke unter allen Umständen eine feste und sichere Grundlage zu geben.

Schon öfter sind wir von solchen unserer Leser, die Einblick in den Zeitungsbetrieb haben, gefragt worden, wie es uns möglich sei, die Zeitung bei den wenigen Inseraten, die wir hätten, für den geringen Bezugspreis zu liefern. Da müssen wir allerdings sagen, daß dies nur dadurch möglich war, daß von anderen Seiten Opfer gebracht wurden.

Die Schwierigkeiten werden nun immer größer. Die Papier- und Arbeitslöhne steigen noch andauernd. Man kann sagen, daß sich die Herstellung der Zeitungen um 300 Prozent verteuert hat. Da tritt die sehr ernste Frage an uns heran, ob wir denjenigen, die bisher mit der Überzeugung der Notwendigkeit der Sache ihre Mittel zur Verfügung stellten, dieses Opfer noch weiter zumuten dürfen, oder ob wir nicht doch genötigt sind, die Verteilung der Lasten durch Erhöhung des Bezugspreises auf die Schultern der ganzen Lesergemeinde mit zu legen. Wir wissen, daß die große Mehrzahl der Leser ohne weiteres bereit sein wird, vom ersten Oktober ab statt ℳ 2,40 ℳ 3.00 für das Blatt zu bezahlen. Wir wissen aber auch, daß eine Anzahl solcher Leser da sind, die sich freuen, eben dadurch, weil das Blatt billig ist, die Möglichkeit zu haben, sich eine Tageszeitung halten zu können. Auch solche sind da, die aus dem gleichen Grunde den „Aufwärts“ noch halten neben der Lokalzeitung, die sie aus andern Gründen zu halten genötigt sind.

Was sollen wir da tun? Unsere meiste Sorge gilt den beiden letztgenannten Gruppen. Die möchten wir nicht verlieren.

Bevor wir die endgültige Entscheidung treffen, würden wir gern die Stimmen unserer Leser selbst hören. Erst derjenigen, für die das Halten einer, unserer Tageszeitung schon ein kleines Opfer ist, die aber das Bedürfnis haben, die großen Tagesfragen in dem Lichte dargestellt zu sehen, wie es sich unser Blatt zur Aufgabe gestellt hat. Hören möchten wir aber auch die Stimmen derjenigen, die durch besondere Opfer und mancherlei ermunternde Zuschriften und Mitarbeit ihr Interesse an dem Werden der Zeitung zeigten und denen eine Erhöhung des Preises kein Opfer bedeutet. Oder sollen wir diese zugunsten der Schwächeren auch weiterhin um ein größeres Opfer bitten?

Sehr viele sind sich klar darüber, daß auf die Gestaltung unseres ganzen Volks- und Wirtschaftslebens nichts so großen Einfluß hat als die Presse. Dieser, ihrer Presse, gilt denn auch ihre Aufmerksamkeit und Liebe und sie werden es sich etwas kosten lassen, das Sprachrohr ihrer Überzeugung für die Öffentlichkeit immer mehr auszugestalten zu einem Faktor, der nach oben und unten Beachtung findet. Da wäre es uns dann eine große Freude, wenn wir in den nächsten Wochen den Eindruck gewinnen könnten, daß die tragfähigeren Schultern in unserer Lesergemeinde willens sind, die größeren Lasten auf sich zu nehmen. Wem deshalb die Aufgaben, die unserem Blatte gestellt sind, wichtig genug erscheinen, um dafür vom Überfluß etwas zu geben, wird freundlich gebeten, die dafür bestimmten Beträge mit der Bezeichnung „Für Aufwärts“ auf das Postscheckkonto Nr. 7382 Hannover, Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld, einzusenden. Die Entscheidung über die Erhöhung des Bezugspreises soll dann erst fallen, nachdem die Stimmen aus beiden Lagern unserer Leserschaft an unser Ohr gedrungen sind. Sollten wir aber genötigt sein, den Preis auf ℳ 3.00 für das Vierteljahr hinauf zu setzen, müßten wir um so herzlicher und dringend bitten um weiteres Durchhalten, um weitere, ernste Mitarbeit in der Gewinnung neuer Abonnenten und auch um Zuführung **geeigneter Inseratenaufträge.** Der 1. September bietet eine passende Gelegenheit, in die Werbetätigkeit für unser Blatt einzutreten. Wer in der Nähe oder Ferne einen Freund hat, dem er gern das Blatt für einen Monat zur Probe zuwenden möchte, **versäume es doch jetzt nicht.** Wer nicht recht weiß, wie er es anfangen soll, schicke uns 1 Mark ein und die genaue Adresse des Betreffenden, wir werden dann die Überweisung durch die Post von hier aus gerne besorgen. Das muß aber sehr bald geschehen, damit die Lieferung mit dem 1. September pünktlich einsetzen kann.

Der Winter ist bald vor der Türe. Helfe ein jeder, daß noch in mancher deutschen Familie für die langen Winterabende unsere Zeitung „Aufwärts“ auf dem Tische des Hauses liegt.

Schriftleitung und Verlag.

Deutsches Reich.

— In einer an die alliierten Regierungen gerichteten Note lehnt die deutsche Regierung die Forderung der Abberufung des Befehlshabers der reichsdeutschen Truppen im Baltikum, Generals Grafen Goltz, ab.

— Von den Sozialisten und dem Zentrum wurde gemeinsam ein Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge in der Nationalversammlung eingebracht. Die Antragsteller sind der Ansicht, daß eine Neuregelung der Reichsversicherungsordnung im Sinne einer umfassenden Mutterschafts- und Familienversorgung vorgenommen werden müsse.

— In einer Massenversammlung Berliner Frauen wurde beschlossen, eine Abordnung nach Weimar zu entsenden, die bei der Regierung wegen schleuniger Befreiung unserer Kriegsgefangenen dringliche Vorstellungen erheben soll.

:: **Ein neuer Vorstoß gegen Erzberger.** Die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Traub und Genossen haben folgende kleine Anfrage bei der Nationalversammlung eingebracht: „Von seiten der römischen Kurie ist durch den römischen Vertreter der Havas-Agentur unter dem 30. Juli festgestellt worden, daß Reichsfinanzminister Erzberger die Vorgänge im September 1917 „ungenau dargestellt und falsch interpretiert habe“. Die Mailänder „Italia“ teilt unter dem 31. Juli mit, daß es sich nicht um ein englisches Friedensangebot, sondern um die Antwort der britischen Regierung auf die päpstliche Friedensnote gehandelt habe. Painleve hat im Kammerausschuß des französischen Parlaments am 29. Juli die Unrichtigkeit der Erzbergerschen Darstellung behauptet. Die unmittelbar beteiligte englische Regierung hat durch ihren Unterstaatssekretär Harmsworth am 5. August im Unterhaus erklären lassen, daß die britische Regierung zu jener Zeit kein Friedensangebot an Deutschland gemacht hat. Der preußische Minister Hänisch bezeichnet in der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke“ Erzbergers Darstellung als historisch und sachlich sehr ungenau“. Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt und ist sie bereit, auch diese Vorgänge im vollen Wortlaut dem deutschen Volke ebenso zugängig zu machen wie die Rede des Herrn Ministers Erzberger?“

:: **Ein Beirat für Ein- und Ausfuhr.** Zur Mitwirkung an den Arbeiten des Ausschusses für die Ein- und Ausfuhr hat der Reichswirtschaftsminister einen Beirat aus Interessentenkreisen bestellt. Dieser Beirat setzt sich aus Vertretern der industriellen Unternehmer, des Groß- und Ein- und Ausfuhrhandels, der industriellen Arbeitnehmer, der Arbeitnehmer des Handels, der Landwirtschaft, der Landarbeiter, der Kommunalverwaltungen und der Konsumenten zusammen. Der Beirat wird in regelmäßigen Abständen vom Wirtschaftsausschuß einberufen und ist in allen grundsätzlichen Fragen und vor allen wichtigen Entscheidungen zu hören.

:: **Neue Teuerungszulagen für Beamte.** Die Reichsregierung hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung allen Beamten eine einmalige Beschaffungsbeihilfe zu gewähren, und zwar in Höhe von 1000 Mark für kinderlos Verheiratete und von 600 Mark für Ledige. Daneben sollen für jedes zu berücksichtigende Kind 200 Mark gezahlt werden. Die Beihilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember dieses Jahres fällig. Die Grundsätze über die Gewährung laufender Teuerungszulagen werden dahin geändert, daß die Kinderzulagen vom 1. September an einheitlich auf 50 Mark festgesetzt werden. Die anwesenden preußischen Minister haben sich bereit erklärt, eine gleiche Vorlage für die Landesversammlung dem Staatsministerium zur sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten.

:: **Notstandsmaßnahmen in der Elektrizitätswirtschaft.** Der Vierzehner-Ausschuß der Nationalversammlung ist in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft eingetreten. Nach Anhörung einer Reihe von Sachverständigen wurde beschlossen, über bestimmte Fragen weitere Sachverständige zu hören. Ihre Auswahl erfolgt durch einen Unterausschuß. Der Ausschuß hat sich ferner damit einverstanden erklärt, daß das Reich, soweit es zur Beteiligung eines sonst vielleicht eintretenden Notstandes dringend erforderlich erscheint, den Bau und den Erwerb von elektrischer Hochspannungs-

---

die Zahl der Fehlgeburten, noch die Säuglingssterblichkeit, noch auch sind ungünstige Gewichtszahlen der Neugeborenen festgestellt worden. Im Gegenteil hat dort die Kindersterblichkeit abgenommen.

Die Schädigung der Gesundheit der deutschen Kinder zeigt sich aber auch in den Schulen im Nachlassen der geistigen Kräfte. Es ist ein Nachlassen der Spielfreudigkeit eingetreten. Die Wanderlust nahm ab. Es wird über Gedächtnisschwäche geklagt und den Kindern wird in späteren Jahren das Stück ihrer Ausbildung fehlen, das sie während der Unterernährung des Gehirns sich nicht angeeignet haben. Wenn geistige Erlebnisse das Gemüt nicht mehr beherrschen, verliert sich die Widerstandskraft. Körperliche Unterernährung ist eng verbunden mit geistiger Minderwertigkeit, sittlicher Verwahrlosung. Kinder stehlen, um sich Lebensmittel zu beschaffen. Weibliche Jugendliche geben sich einem schlechten Lebenswandel hin, um sich von Lebemännern in Restaurants führen zu lassen, ebenso wie Knaben der Verführung Homosexueller aus diesem Grunde zum Opfer fielen.

Ist es nicht tief traurig, daß wir die schwere und fast sichere Befürchtung haben müssen, daß erst die nächsten Jahre die ganze Schwere unseres Schicksals offenbaren werden: „Die Knaben, die sich im Kriege die Infektion geholt haben, werden erst als Arbeitsburschen die Schwere derselben fühlen. Die Mädchen, die jetzt als blutarm bezeichnet sind, werden in den kommenden Jahren in den Lungenheilstätten dahinwelken. Es wird die Hoffnung des englischen Volksführers erfüllt sein: „Die deutsche Rasse wird ruiniert.“

Dringender als je wäre die Forderung nach einem Gesundheitsministerium zu erheben. Mit Recht sagt ein Arzt, das deutsche Volk müsse ein neues Recht erhalten. „Das Recht auf Gesundheit.“ Dann könnte vielleicht trotz allem ein kraftvolles widerstandsfähiges Geschlecht herangezogen werden.

Niemals aber wird der Widerhall verstummen, der Widerhall des tausendstimmigen Chors der gemordeten Kinder, der unglücklichen Mütter Deutschlands. Und er wird gehört werden, wenn einst das Weltgericht über die Schuld an dem furchtbarsten aller Kriege entscheiden wird.

„Volkswacht“.

leitungen, Transformatoren und Elektrizitätswerken sofort in die Wege leitet, wenn diese Maßnahmen mit Rücksicht auf den bevorstehenden Winter wirtschaftlich geboten erscheint.

:: **„Präsident" Dr. Dorten in Köln.** Der Präsident der sogenannten Rheinischen Republik, Dr. Dorten, erschien mit seinem bekannten Auto „R. R. I" in Köln, um dort mit dem vor kurzem unter der Führung der bekannten früheren Zentrumsabgeordneten Kuckhoff und Kastert gebildeten Aktionskomitee zu beraten. Nachdem er längere Zeit in der Wohnung des Redakteurs der „Kölnischen Volkszeitung" Dr. Zacherl, dessen Frau dem Aktionskomitee angehört, geweilt hatte, wurde er auf der Straße verhaftet. Dorten und seine Freunde, insbesondere der demokratische Justizrat Weber, protestierten eifrig gegegen die Verhaftung, und Dr. Dorten erklärte ausdrücklich, daß er unter französischem Schutze stehe. Die verhaftenden Polizeibeamten gaben dem Protest keine Folge, sondern führten Dorten ab. Am Abend wurde er auf Veranlassung der britischen Militärbehörde aus der Haft entlassen unter der Verpflichtung, daß er Köln bis auf weiteres nicht verlassen werde. Es besteht indessen kein Zweifel, daß Dorten durch seine französischen Beschützer baldigst seine volle Freiheit wiedererlangen wird.

Rundschau im Auslande.

Luxemburg: Revolutionäre Arbeiterbewegung in Luxemburg.

* Auch in Luxemburg mehren sich die Anzeichen einer starken Erregung. Nach einer, von anderer Seite bis jetzt noch nicht bestätigten Europa-Preß-Meldung manifestierten am Mittwoch etwa 20000 Arbeiter vor der Deputiertenkammer und verlangten eine Teuerungszulage. Da die Forderung nicht unterstützt wurde, drangen die Arbeiter in die Kammer ein und feuerten Schüsse ab, die Mitglieder der Kammer wurden gefangen genommen. Die Befreiungsversuche waren bisher trotz militärischen Aufgebots vergeblich. Die Unruhen tragen einen rein bolschewistisch-revolutionären Charakter.

Frankreich: Die Mißwirtschaft in Elsaß-Lothringen.

* Der sattsam bekannte elsässische und frühere reichsdeutsche Politiker Blumenthal veröffentlicht soeben im Journal an leitender Stelle einen äußerst heftigen Artikel gegen die augenblickliche administrative Mißwirtschaft im Elsaß. Nach Aufzählung aller der aus Paris angeordneten Schikanen und Willkürmaßnahmen schließt Blumenthal mit den Worten: „Nein, das Elsaß hätte nicht sein Regime ändern brauchen, wenn es sich nur darum handelt, von einer Gewaltherrschaft unter die andere zu geraten."

Rußland: Sowjetniederlagen und -Siege.

* Der vom Reuterschen Bureau aus London übermittelte amtliche nordrussische Heeresbericht meldet vom 10. August einen erfolgreichen Angeiff der britisch-russischen Truppen auf die bolschewistischen Streitkräfte am Dwina-Fluß. Sechs feindliche Bataillone wurden vollständig vernichtet, über 1000 Gefangene gemacht und 12 Feldgeschütze sowie viele Maschinengewehre erbeutet. Die Front wurde ungefähr 12 Meilen vorgeschoben. Die Truppen Denikins haben bei der Eroberung von Poltawa ungefähr 136 Lokomotiven, 1200 Eisenbahnwagen und 20 Geschütze mit Munition erbeutet. Die Bevölkerung von Poltawa bereitete den einziehenden Truppen einen begeisterten Empfang. Am mittleren Dnjepr haben die Bolschewisten östlich von Krementschug eine Niederlage erlitten, wobei sie 1000 Gefangene und 6 Geschütze einbüßten. Nach einer Mitteilung des Botschafters Morris, der sich auf dem Wege von Sibirien nach Tokio befindet, deuten viele Anzeichen auf den bevorstehenden Zusammenbruch der Herrschaft Koltschaks hin. Seine Regierung stehe auf schwachen Füßen. Sie hat nicht die Macht, ihren Befehlen Geltung zu verschaffen. Die militärischen Mißerfolge tragen viel zu ihrer kritischen Lage bei.

Vereinigte Staaten: Amerikanische Warnung an Mexiko.

* Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten Mexiko gewarnt haben, daß ein radikaler Wechsel der amerikanischen Politik eintreten würde, wenn die Regierung Carranzas es weiterhin unterläßt, die Amerikaner zu schützen. Die mexikantsche Regierung hat darauf geantwortet, daß alles Mögliche zum Schutze der Fremden getan wird, daß es aber nicht möglich sei, auch den wenig bevölkerten Gebieten immer ausreichenden Schutz zu gewähren.

Lokal-u.Provinzialnachrichten

Bielefeld, 17. August 1919.

— **Städtischer Lebensmittelverkauf** in der Woche vom 18. 8. bis 24. 8. 1919. Auf Marke 24: 50 Gr. Butter 41 Pfg. für 50 Gr.; 100 Gr. Margarine, 58 Pfg. für 100 Gr., Verkaufsbeginn Mittwoch, Donnerstag, Freitag in den Städt Butterläden. Marke 14: 500 Gr. Zucker für die Zeit vom 19. 8. bis 8. 9.: Kandis 72 Pfg. Melis 58 Pfg. Verkaufsbeginn 20. 8. Auf Marke 19: 250 Gr. Haferflocken, 62 Pfg. für 1 Pfund lose Ware; auf Marke 16: 125 Gr. Sago oder Kartoffelmehl, 1.30 ℳ für 1 Pfund, Sago 80 Pfg. für 1 Pfund Kartoffelmehl; auf Marke 17: 250 Gr. Suppen, verschieden; auf Marke 27: 125 Gr. Kunsthonig, 80 Pfg. für 1 Pfund; Verkaufsbeginn 20. 8. nach der Kundenliste für Kolonialwaren. Auf Marke 5: 5 Pfund Kartoffeln, 15 Pfg. für 1 Pfund, Verkaufsbeginn 18. 8. in den bekannten Läden. Fleisch und Auslandsschweinefleisch wird noch besonders bekanntgegeben. Auf Einfuhrzusatzkarte Marke 5: 50 Gramm Auslandsschmalz 50 Pfg. für 50 Gramm, Mittwoch 2 Uhr und Donnerstag in den bekannten Läden. Auf Magermilchkarte Marke 6: bis ¼ Liter je nach Eingang, 38 für 1 Ltr., in den bekannt gegebenen Zeiten in den Städt. Butterläden. Die Restbestände der den Kleinhändlern für den Verkauf auf Lebensmittelmarken in der Woche vom 11. bis 17. August zugewiesenen Nudeln, Suppen, Puddingpulver und Hülsenfrüchte dürfen bis Dienstag, den 19. August einschließlich ohne Markenkontrolle an Einwohner des Stadtbezirks Bielefeld verkauft werden.

— **Lebensmittelverkauf im Landkreise Bielefeld** vom 18. bis 23. 8. **1. Nährmittel.** Haferflocken werden ausgegeben an alle Fettversorgungsberechtigten in den Butterverkaufsstellen, wo sie eingetragen sind. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 8 erhält jeder ½ Pfund lose Haferflocken zu 62 Pfg. für 1 Pfund. — **2. Brotaufstrich.** Sämtliche Fettversorgungsberechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 9 je Person ½ Pfund Kunsthonig, lose ausgewogen zu 78 Pfg. für 1 Pfund, in Paketen zu 80 Pfg. für 1 Pfund-Paket. — **3. Auslandsschweinefleisch.** Auslandsschweinefleisch wird in den Schlachterläden des Stadt- und Landkreises an Hand der Kundenliste an alle Fleischversorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ab Mittwoch, den 20. d. M. ausgegeben. Es erhält jeder gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 24 125 Gramm zu ℳ 1.10. Die Marken sind am Montag, den 25. d. M. aufgeklebt, hier, Zimmer Nr. 15 abzugeben. — **4. Auslandsfett.** a) für Fettversorgungsberechtigte. Sämtl. Fettversorgungsberechtigte erhalten in derjenigen Butterverkaufsstelle, wo sie eingetragen sind, ab Donnerstag, den 21. d. M. gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 10 je Person 75 Gramm zu 75 Pfg. b) für Fettselbstversorger. Sämtliche Fettselbstversorger erhalten ab Donnerstag, den 21. d. M. gegen Abgabe der „Fettmarke Nr. 3 für Selbstversorger" je Person 50 Gramm zu 50 Pfg. Die Verkaufsstellen haben die Fettmarken am Montag, den 25. d. M. aufgeklebt, hier, Zimmer Nr. 15 abzugeben. Die Fettmarken für Selbstversorger sind getrennt zu halten, worauf wir besonders hinweisen. — **5. Sonderzuweisungen.** Sämtl. milchversorgungsberechtigten Kinder von 3 bis 6 Jahren erhalten in den bekannten Krankenverkaufsstellen gegen Abgabe der vom 4. 8. bis 31. 8. gültigen Keksmarke je Person 1 Paket Kindergerstenmehl zu 40 Pfg. und 2 Rollen Keks à 39 Pfg.

□ **Kirchlengern.** Zum Besten unserer aus der Gefangenschaft heimkehrenden Kriegsgefangenen sind weiterhin auf das Konto Kriegsgefangenenspende bei der Dresdener Bank, Filiale Münster i. W. eingegangen: Sammelergebnis des Amtes Kirchlengern ℳ 1030.00.

Verschiedenes.

△ **Gefälschte Zinsscheine der Kriegsanleihen.** Nach dem Beschluß des Bundesrates vom 20. Oktober 1918 waren die am 2. Januar 1919 fälligen Zinsscheine der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs vom 23. Oktober 1918 bis zum 2. Januar 1919 zu ihrem Nennwert „gesetzliches Zahlungsmittel". Von diesen Zinsscheinen ist ein Teil durch Verfälschung des Nennwertes des Kapitalbetrages und des Fälligkeitstages in Zahlungsverkehr gebracht worden zum Schaden derjenigen, die derartig verfälschte Zinsscheine an Zahlungs Statt angenommen haben. Zurzeit sind auch wieder verfälschte Zinsscheine späterer Fälligkeitstermine (1 April 1919 und 1. Juli 1919) in Umlauf. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zinsscheine der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel sind, sondern nur von den bekanntgegebenen Stellen zur Einlösung oder an Zahlungs Statt angenommen werden

Letzte Nachrichten.

Eidesleistung des Reichspräsidenten.

Wie verlautet, wird der Reichspräsident Ebert am 20. August vor der Nationalversammlung den Eid auf die Reichsverfassung leisten. Der Reichspräsident wird die Verordnung, wonach die Nationalversammlung als Reichstag fungieren soll, auf den Einspruch der Nationalversammlung zurückziehen.

Festsetzung der neuen deutschen Grenzen bis zum 1. April 1920.

Der Rat der Alliierten einigte sich dahin, daß die Festsetzung der neuen deutschen Grenzen bis zum 1. April 1920 durchgeführt sein soll. Bis dahin sollen alle erforderlichen Volksabstimmungen in den zur Abstimmung bestimmten Gebieten ausgeführt sein.

Neue Forderungen der Eisenbahner.

Die Eisenbahner sind mit neuen Forderungen an den Eisenbahnminister herangetreten. Besonders die älteren verheirateten Eisenbahner erklären ihre Lage für so unbefriedigend, daß sie auf eine Aufbesserung unter allen Umständen dringen müssen. Der Zentralrat der Arbeiterräte des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, der die gemäßigte Richtung vertritt, hat deshalb beim Eisenbahnminister um eine Besprechung im Eisenbahnministerium nachgesucht. Es wurden von den Wortführern des Verbandes zwei Anträge gestellt. Der eine fordert eine Beihilfe für Beamte und Arbeiter in allen Dienstarten, der zweite verlangt, daß das Mitbestimmungsrecht der Eisenbahnarbeiter bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Betriebsräte durch preußisches Landesgesetz geregelt werde. Den Vertretern des Ministers wurde von dem Zentralrat dringend nahegelegt, die Abhilfe nicht zu versagen. Es bestehe sonst trotz der gemäßigten Richtung im Verbande, der gegenwärtig Tausende von Ueberläufern aus dem radikalen Lager zu buchen hat, eine Streikgefahr für den Herbst. Es seien 150 000 Mann zuviel im Eisenbahnbetriebe, die keine rechte Beschäftigung haben und lediglich aus politischen Gründen in der Stelle belassen würden.

Bergarbeiter-Generalstreik in Oberschlesien.

Die Zahl der streikenden Betriebe hat sich auf nahezu 100 Prozent erhöht, sodaß von einem allgemeinen Bergarbeiterstreik in Oberschlesien gesprochen werden kann. Die Verhandlungen, die in Kattowitz geführt werden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt und nehmen einen sehr schleppenden Verlauf. Der Streik droht nun auch auf das oberschlesische Zementrevier überzugreifen. In Oppeln streikt die „Selesia", die neue Oppelner „Portland-Zementfabrik wegen Lohnforderungen. Der Streik umfaßt sowohl Arbeiter wie technische Angestellte.

Eingliederung der Waffenstillstandskommission in das Ministerium des Aeußern.

Die Waffenstillstandskommission wurde dem Reichsministerium des Aeußern unterstellt. Den Vorsitz hat der Oberbürgermeister Wilms übernommen, der auch die Geschäfte der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf weiterführt.

* In Zossen bei Berlin ist ein großes Barackenlager niedergebrannt. Hierbei wurden die umfangreichen Bekleidungsbestände der Garnisonverwaltung vernichtet.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Krag, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 7582 Hannover.

Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft.
von K. Schlipf, 21. neubearb. Aufl. 597 Seiten mit 850 Abbild. ℳ 13.35. Der Landwirtschaftslehrling 9.10. Der Gutssekretär 21.80. Landwirtschaftl. Sünden 9.10. Landwirtschaftlicher Ratgeber für Frauen 13.50. Die Selbstversorgung der Landfrau 2.65. Landwirtschaftliche Obst- und Gemüse-Verwertung 4.50. Landkochbuch 5.55. Kartoffelküche 2.20. Magermilchkäserei 2.25. Die Hausschlachtung 3.—. Der Haustierarzt 4.40. Landwirtschaftliche Tierheilkunde 24.20. Landwirtschaftl. Geburtshilfe 26.65 oder 4.85. Gesundheitspflege der landwirtschaftl. Haussäugetiere 18.15 oder 13.20. Der Veterinärgehilfe 4.—. Der Fleischbeschauer 3.75. Tierzuchtlehre 7.—. Rindviehzucht 30.25. Fütterungslehre 4.50. Ernährung des Rindes 2.—. Milchwirtschaft 31.50 oder 9.10. Pferdezucht 29.—. Behandlung des Pferdes 4.25. Pferdefütterung 1.65. Pferdekolik 4.—. Schweinezucht 4.85. Schweinefütterung 2.65. Schafzucht 8.—. Hundebuch 4.—. Der Viehstall 4.85. Dreschmaschinen 15.60. Motorpflüge 9.90. Unkrautbekämpfung 2.65. Düngerlehre 4.—. Einträgl. Gemüsebau 9.70. Einträglicher Feldgemüsebau 4.65. Pilzbuch 3.—. Gartenbuch 6.50 oder 22.—. Gartenkunst 8.50. Der Hausgarten 3.—. Der Zimmergärtner 2.20. Tabakbau und Tabakkunde 21.80. Kaninchenzucht 3.60. Ziegenzucht 12.10 oder 3.60. Geflügelzucht 5.—. Hühnerzucht 2.20. Entenzucht 2.20. Gänsezucht 2.20. Taubenzucht 2.20. Federviehzucht 30.25. Geflügelställe 4.85. Bienenzucht 5.—. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15.—. Richtig Deutsch 6.—. Rechtschreibung Duden 7.15. Büchmanns Geflügelte Worte 8.80. Gedichtsammlung 5.—. Anekdotenbuch 3.—. Aufsatzschule 6.—. Fremdwörterbuch 6.—. Rechtsformularbuch 6.—. Englisch 6.—. Französisch 6.—. Spanisch 6.—. Polnisch 6.—. Buchführung 6.—. Bankwesen 6.—. Geschäfts- und Privatbriefsteller 6.—. Schönschreibeschule 4.—. Zeichenschule 2.—. Guter Ton und feine Sitte 5.75. Mod. Tanzlehrbuch 3.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20. **Nur** gegen Nachnahme **L. Schwarz u. Co., Berlin CS. 14 B,** Annenstr. 24.

Evangel. soziales Frauenseminar der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.
Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**



Unsere verehrten Leser
bitten wir, bei ihren Einkäufen nach Möglichkeit die Inserenten des „Aufwärts" zu berücksichtigen.

Besitzerin eines Rittergutes in Holstein sucht zum 1. Oktober für halbtag. Hülfe bei Haus-, Garten- u. Näharbeiten ruhige, fleißige, gewissenhaft arbeitende
Frau
von bestem Charakter. Neben ortsübl. Tagelohn freie Dreizimmerwohnung mit Zubehör, Feuerung und Gartenland. Bei voller Zufriedenheit werden die Umzugskosten ersetzt. Off. unt. **L. W.** an die Exp. d. Blattes.

1 schwarzes Schultertuch
mit gestickten Ecken auf dem Wege von der Schönen Aussicht bis Haus Magdala verloren gegangen. Bitte abzugeben
Haus Magdala.

Wer
empfiehlt unsern Lesern gute
Erholungs- und Erziehungs-Pensionate
???



Nähmaschinen Fahrräder Waschmaschinen
Reparaturen in u. außer dem Hause.
G. Schnabel, Bielefeld, Detmolderstraße 61
Bestellung per Postkarte genügt.

Bilder.
Große Auswahl. Billigste Preise.
Otto Fischer,
Kunsthandlung und Rahmenfabrik,
Obernstrasse 47.

Zerrissene Strümpfe,
Wollne, Baumwollne, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.